

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB zum Wahl-
ausgang: Bedeutung der Land-
tagswahlen hat sich erhöht.
Seite 1

Klaus-Henning Rosen resüm-
miert Eindrücke von einer
Afghanistan-Reise: Der Westen
sollte vermitteln.
Seite 3

Willi Kaiser MdL zur sozialen
Situation in Bayern: Arbeit
statt Sozialhilfe anbieten.
Seite 5

42. Jahrgang / 17

26. Januar 1987

Die Rechte hat keine Mehrheit

Für die Sozialdemokraten hat sich die Bedeutung der
bevorstehenden Landtagswahlen erhöht

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Wahl ist gelaufen, über das Ergebnis können wir nicht glück-
lich sein. Trotz des unermüdlichen Einsatzes, den Sozialdemo-
kratinnen und Sozialdemokraten - und vorweg: Johannes Rau -
in den letzten Wochen bewiesen haben, sind wir hinter unseren
Hoffnungen zurückgeblieben.

Gleichwohl: Die Chance, uns in den kommenden vier Jahren
mit Aussicht auf größeren Erfolg zu bewähren, sind gewahrt.
Wir sind auf der Leiter des Wiederaufstiegs stehengeblieben,
abgestiegen sind wir nicht. Und schon gar nicht ist uns, wie
manche Auguren prophezeit haben, die Leiter abhanden ge-
kommen.

Der empfindliche Rückschlag, den CDU und CSU erlitten haben,
ist das bemerkenswerteste Resultat des 25. Januar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauffreier Umweltschutz
mit wertvollem Recycling-Papier



Es ist dies sicher auch ein Votum, gegen den Vollzug der Rechts-Wende gewesen, aber die Verhinderung dieser drohenden Entwicklung ist damit noch lange nicht vollbracht.

Fürs erste wird man mit verschärften Auseinandersetzungen im Lager der alten und neuen Koalition rechnen müssen.

An der Sozialdemokratie wird es liegen, sich in Bundestag und Bundesrat als Zentrum der praktischen Vernunft geltend zu machen und den innen- und außenpolitischen Stahlhelmen zu wehren. Gelingt dies, mögen positive Weiterungen mit Blick auf die nächste Bundestagswahl realistisch sein.

Die Rechte hat schon heute keine Mehrheit, sondern bundespolitisch gibt es ein relatives Gleichgewicht der Kräfte. Der grünen Partei wird es nicht erspart bleiben, ihrerseits zu klären, wie sie es mit der Wirklichkeit hält.

Für die Sozialdemokraten hat sich die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahl noch erhöht.

(-/26.1.1987/rs/ks)

* * *



Für Afghanistan gibt es wieder Hoffnung

Eindrücke von einer zehntägigen Reise

Von Klaus-Henning Rosen

Afghanistan ist wieder im Gespräch: im achten Jahr des Krieges, der bisher keine Sieger kennt und zu unsäglichem Leid unter der Zivilbevölkerung geführt hat, keimt Hoffnung auf ein Ende des Blutvergießens auf. Nicht nur die fast fünf Millionen Flüchtlinge, die unter dem Eindruck der Bombardements das Land verlassen haben, könnten dann in ihre Heimat zurückkehren; die Nachbarländer Pakistan und Iran, die diese Flüchtlinge aufgenommen haben, würden von einem Problem befreit: Schließlich würde ein internationaler Krisenherd, an dem - wie in anderen Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg - ein Stellvertreterkrieg geführt wird, zur Ruhe kommen.

Hoffnung ist aufgekommen, nachdem der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Dr. Najibulla, Anfang des Monats - nach eingehender Konsultation mit der Vor-Macht Sowjetunion - einen Versöhnungsappell an die Bevölkerung gerichtet hatte. Sein Vorschlag: Innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem (einseitig verkündeten) Waffenstillstand vom 15. Januar 1987 - über dessen Einhaltung widersprüchliche Erkenntnisse vorliegen - sollen die Probleme des Landes mit allen Kräften des politischen und wirtschaftlichen Lebens diskutiert werden. Najibullah bietet „mit Ausnahme besonderer Fälle“ eine Generalamnestie an und verspricht, „ein weites Spektrum politischer Kräfte“ in eine Koalition der nationalen Einheit aufzunehmen. Auf der Basis der Nichteinmischung von außen sollen die Probleme in der Nachbarschaft Afghanistans gelöst werden, das, so Najibulla, „die Rückkehr des begrenzten Kontingents von sowjetischem Militär, das sich auf Bitte Afghanistans im Land befindet, beschleunigen würde“.

Die islamische Allianz afghanischer Mujaheddin, in der die sieben wichtigen Widerstandsgruppen zusammengeschlossen sind, hatte durch ihren Sprecher Muhammadi das Angebot in einer ersten Stellungnahme am 8. Januar 1987 abgelehnt: zu Recht wohl, weil auf die für sie wichtigste Frage - Rückzug der sowjetischen Truppen - keine befriedigende Antwort (die Versöhnungsangebote) enthält. Nach langwierigen Gesprächen, begleitet von widersprüchlichen Kommentierungen und Vorschlägen einzelner Mujaheddinführer, hat die Allianz das Versöhnungsangebot Najibullahs am 17. Januar in Peshawar endgültig abgelehnt, die bedingungslose Fortsetzung des Widerstands und - nach dem Abzug der sowjetischen Truppen - die Übernahme einer Interimsregierung angekündigt. Eine Ende Februar einzuberufende Kommission soll die Voraussetzungen für diese Regierungsübernahme schaffen.

Die kompromißlose Haltung der Allianz überdeckt offenbar vorhandene interne Meinungsverschiedenheiten. Die Zukunft wird zeigen, ob die Ablehnungsfront hält. Druck könnte nicht nur durch die am 11. Februar 1987 in Genf unter Leitung des UN-Vermittlers Diego Cordovez zwischen Afghanistan und Pakistan fortzuführenden Gespräche entstehen. Zwar hat das Gespräch des stell-



vertretenden Außenministers der Sowjetunion, Kowalew, in Islamabad keine Annäherung in der Frage des Truppenrückzugs gebracht; die Ankündigung eines Besuchs des pakistanischen Außenminister Yakub Khan in Moskau zeigt aber beiderseitige Gesprächsbereitschaft. Zumindest wird von sowjetischer Seite signalisiert, daß man hinsichtlich des zeitlichen Rahmens gegenüber der ursprünglichen Rückzugsfrist von vier Jahren konzessionsbereit ist. Druck könnte aber auch von Seiten der Flüchtlinge aufkommen, die nach teilweise mehr als siebenjährigem Lagerleben unter schwierigsten Bedingungen in ihre Heimat zurück wollen.

Das Versöhnungsangebot Najibullas hatte unter den Bewohnern der pakistanischen Flüchtlingslager, aus denen sich auch die Anhängerschaft der Mujaheddin rekrutiert, zunächst Euphorie ausgelöst. Es kam zu spontanem Verkauf der persönlichen Habe, der Geldumtausch ließ den Kurs des Afghani kurzzeitig verfallen. Die afghanische Regierung hat an der Grenze Auffanglager eingerichtet und berichtet breit über Rückwanderer und Überläufer. Ob es die in nennenswerter Zahl gibt, begegnet Zweifeln, denn gerade unter den Flüchtlingen ist die anfängliche Euphorie der Ernüchterung gewichen, als bekannt wurde, daß die sowjetischen Truppen noch im Lande sind.

Man sollte davon ausgehen, daß das unter sowjetischem Einfluß, wenn nicht Druck, verkündete Versöhnungsangebot ernst gemeint ist: der Krieg verschlingt Unsummen, die gerade die Sowjetunion für die ehrgeizigen Wirtschaftspläne des Generalsekretärs Gorbatschow fehlen. Vor allem kostet er Menschenleben, und es gibt Anzeichen, daß die sowjetische Führung dieses Opfer ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermitteln kann. Natürlich wollen die Sowjets mit dem Versöhnungsangebot die derzeitige afghanische Regierung auch stabilisieren, denn vor den Augen der Weltöffentlichkeit können sie sich einen Abzug kaum leisten, bei dem Najibullah fallen würde. Für die Mujaheddin liegt der Verdacht leider auf der Hand, mit dem Angebot zu einer Koalition solle wiederholt werden, was nach dem Zweiten Weltkrieg in den Ländern des heutigen Ostblocks praktiziert wurde: die Umarmung politischer Opposition mit dem Ziel, sie dadurch zu beseitigen. Die Situation in Afghanistan weicht aber hiervon ab. Deshalb ist es bedauerlich, wenn die Absage der Mujaheddin so unversöhnlich ausgefallen ist und keinerlei Kompromißbereitschaft gezeigt wurde. Hier ist die Vermittlung der westlichen Regierungen gefordert, damit aus dem keimenden Pflänzchen „Versöhnung“ doch noch ein starker Baum wird.

(-/26.1.1987/rs/ks)



„Arbeit statt Sozialhilfe“

Forderung nach einem Landesprogramm in Bayern

Von Willi Kaiser MdL
Sozialpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Trotz des regierungsamtlich verordneten Zweckoptimismus a la CSU-Staatsregierung: In Bayern müssen immer mehr Menschen von der Sozialhilfe leben. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gab es 1985 im Freistaat 339.632 Empfänger dieser staatlichen Unterstützung. Dies sind 5,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1986 liegt noch kein Zahlenmaterial vor. Arbeitslosigkeit ist mit durchschnittlich 33 Prozent und in Zentren hoher Erwerbslosigkeit sogar bis zu 45 Prozent aller Fälle zur häufigsten Ursache für die Inanspruchnahme der Hilfe zum Lebensunterhalt geworden, wie die kommunalen Spitzenverbände in einer Studie „Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe“ hervorheben.

Angesichts der 2,314 Milliarden Mark, die in Bayern 1985 für die Sozialhilfe gezahlt werden mußten (180 Millionen Mark mehr als 1984), ist es ein gesellschaftspolitischer Skandal ersten Ranges, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg Überschüsse erzielt und gleichzeitig immer mehr Arbeitslose auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Deshalb brauchen wir ein Landesprogramm „Arbeit statt Sozialhilfe“, besonders für Langzeitarbeitslose, wie es bereits vom Bayerischen Senat verlangt wurde. Dies muß nun endlich in Angriff genommen werden. Es muß doch zu denken geben, daß die Ausgaben für arbeitslose Sozialhilfeempfänger von 1980 bis 1985 um 111 Prozent angestiegen sind.

Die Staatsregierung ist aufgefordert, ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu erstellen. Dies muß gezielt darauf angelegt sein, neue Einsatzfelder von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erschließen, in denen gesellschaftlich nützliche Beschäftigungen ausgeübt werden können. Bei den Arbeitsplätzen nach dem Beschäftigungsprogramm muß es sich um zusätzliche Arbeitsplätze handeln. Es dürfen keine staatlichen Pflichtaufgaben delegiert werden.

Folgende Einsatzbereiche kommen in Frage: Gärtnerische und landschaftspflegerische Arbeiten, Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten, zusätzliche Betreuungsarbeiten bei freien Trägern in den sozialen Diensten (Kindergruppen, Jugendeinrichtungen, Alten- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen und ambulante Dienste), zusätzlicher Orientierungsunterricht für ausländische Kinder sowie Betreuung Arbeitsloser. Die Staatsregierung soll auf die Städte und Kommunen einwirken, sich an solchen Arbeitsbeschaffungsprogrammen zu beteiligen. Schließlich schlägt der Sozialabbau über die Sozialhilfe voll auf die Kommunen durch. In den Sozialämtern der Städte, Gemeinden und Landkreise geht die Saat der verfehlten Politik der Bonner Rechts-Koalition auf, was selbst Kommunalpolitiker der CSU inzwischen auf den Plan gerufen hat.



Sozialhilfebedürftig sind nach dieser Sonderuntersuchung vor allem diejenigen Arbeitslosen, die von der Bundesanstalt keine Leistungen erhalten. Es handelt sich zum größten Teil um Berufsanfänger, um Arbeitssuchende nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und um ehemalige Selbständige. Ein Viertel der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger ist unter 25 Jahre alt, der größte Block zwischen 25 und 35 Jahre (29 Prozent). Es ist gesellschaftspolitisch dringend notwendig, die Kürzungen der Leistungssätze beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe zurückzunehmen.

Angesichts obiger Daten und angesichts der Tatsache, daß sich die Situation für die Problemgruppen Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und jüngere Arbeitslose besonders in den bayerischen Regionen verschlechtert hat, fordern wir für die strukturschwachen Gebiete im Freistaat ein Sonderprogramm für Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz.

Die Ausbildungsstellenlücke darf nicht nur quantitativ geschlossen werden. Denn eine Ausbildung in Berufen ohne Zukunft produziert zusätzlichen Umschulungsbedarf. Notwendig ist die Ausbildung in breiten Berufsfeldern. Dadurch wird die spätere Anpassung der beruflichen Qualifikationen an die beruflichen Erfordernisse erleichtert. Wer lautstark den Facharbeitermangel beklagt, aber für den notwendigen Umfang an Fortbildung und Umschulung nichts unternimmt, ist unglaubwürdig.

Aus der Sicht der Sozialhilfe müssen also vor allem Langzeitarbeitslose, Haushalte mit Kindern und jüngere Arbeitslose einschließlich Berufsanfänger sozial besser abgesichert werden. Doch auch bei einer Verbesserung des Arbeitslosengeldes werden Haushalte mit Kindern in großer Zahl sozialhilfebedürftig bleiben, insbesondere wenn sie auf niedrigere Arbeitslosenhilfe angewiesen sind. Das heißt: Die beste Hilfe für arbeitslose Sozialhilfeempfänger ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Nur durch eine umfassende beschäftigungspolitische Offensive, begleitet von Strukturverbesserungen in der Arbeitslosenversicherung, durch ein Programm „Arbeit und Umwelt“ und durch umfassende Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche) kann der Teufelskreis Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug aufgebrochen werden.

Sozialpolitik ist keine Arme-Leute-Politik, sondern Gesellschaftspolitik. Der Sozialstaat muß durch einen Umbau gerechter, besser und sicherer werden, als Kontrastprogramm zur unsozialen „Wendepolitik“ der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn. (-/26.1.1987/rs/ks)

* * *

